

Gerechtigkeit und Soziale Arbeit

Sozialethische und sozialpolitische Perspektiven

Michael Opielka (Jena/Berlin)

Zusammenfassung Der Beitrag bietet eine sozialpolitische Verortung der Sozialen Arbeit im Gerechtigkeitsdiskurs und vor allem im Diskurs um die Weiterentwicklung des Sozialstaats. Zunächst wird die ambivalente Beziehung von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit untersucht und eine Triangulation der Sozialen Arbeit aus sozialpolitischer und soziologischer Sicht vorgeschlagen. Im zweiten Schritt wird dies für die sozialpolitische Perspektive durchgeführt, um schließlich einige Anforderungen an die Professionalität Sozialer Arbeit in einer Bürgergesellschaft skizzieren zu können. Von zentraler Bedeutung ist dabei der Vorschlag, die in der bisherigen Diskussion zum Verhältnis von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit vorherrschende Dichotomisierung von Markt und Staat bzw. die Trias von Markt, Staat und Gemeinschaft, die sich bekanntlich auch in der Wohlfahrtsregimetyologie Gøsta Esping-Andersens (liberal/sozialdemokratisch/konservativ) niederschlägt, um einen vierten Regimetyyp, den „Garantismus“, zu erweitern – wobei die Frage lautet, ob ein solcher Regimetyyp nicht nur eine sozialpolitische Perspektive weist, sondern ob er einer Sozialen Arbeit der Zukunft nützt.

Schlüsselwörter Ethik Sozialer Arbeit – Sozialpolitik – Sozialstaat – Garantismus

Der Begriff der „Sozialethik“ erscheint gleichermaßen gedoppelt wie notwendig. Bereits Hegel kritisierte die Kant'sche „Sollensethik“ als individualistisch verkürzt, der „Kommunitarismus“ der 1980er und 1990er Jahre griff jene Kritik auf. Gleichwohl markiert die moderne Spannung von Individuum und Gemeinschaft (bzw. Gesellschaft) das Grundproblem moderner Sozialethik: Sittliches bzw. ethisches Handeln bedarf gleichermaßen individueller Einstellungen und Kompetenzen wie gemeinschaftlicher Regeln und Institutionen.

Zu den Kernbegriffen der zeitgenössischen Sozialethik gehört „Gerechtigkeit“. Insoweit muss eine moderne Sozialethik auch die komplexen Gerechtigkeitsdiskurse rekonstruieren, die in den letzten Jahrzehnten vor allem durch die Rezeption der „Theorie der Gerechtigkeit“ von John Rawls bestimmt waren. Diese Rekonstruktion erfordert zugleich eine analytisch-methodische wie eine inhaltliche

Auseinandersetzung: (1) neben und teils unabhängig von der Rawls-Rezeption finden sich starke Sozialethiken sowohl im philosophischen wie im religiösen Diskurs; (2) die Rekonstruktion der zeitgenössischen Anwendungen von Sozialethiken muss aber auch inhaltliche Linien einbeziehen, so die Gender Ethiken, den Wandel der Arbeitsethik und die Diskussion um eine Globale Ethik bzw. ein „Weltethos“.

Studierende wie Praktiker in sozialen Berufen müssen sich heute mit den ethischen Prämissen ihres Berufs und ihres individuellen beruflichen Handelns im gesellschaftlichen Kontext auseinandersetzen und die handlungsleitende Funktion berufsethisches Wissens verstehen lernen. Dadurch sollen sie angesichts des Wertepluralismus in der Gesellschaft Einstellungen und Kompetenzen entwickeln, die es ihnen in der beruflichen Praxis ermöglichen, sich in Konfliktsituationen zu orientieren und ihre Interventionen auf die Stärkung der Handlungsfähigkeit der Klienten auszurichten.

Der Zusammenhang von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit ist komplex. Zugleich nimmt die Soziale Arbeit im Gesamtgefüge des modernen Sozialstaats eine noch immer unterschätzte Rolle ein. In einem beeindruckenden Vergleich der Entwicklung sozialer Dienste in Deutschland, Frankreich und Großbritannien gelangt Thomas Bahle zu einem Ergebnis, das diese Unterschätzung auf den ersten Blick revidieren kann: „Ohne Zweifel beginnen sich überall die Beziehungen zwischen den wohlfahrtsstaatlichen Sicherungen und der Arbeitswelt zu lösen, die als zentrales Erbe der Industriegesellschaft für den Wohlfahrtsstaat betrachtet werden können. Die sozialen Dienste spielen in dieser Hinsicht eine Pionierrolle, auch deshalb, weil sie niemals eng mit den Erwerbsstrukturen verbunden waren. Insofern können die Sicherungsformen, die sich heute in diesem Bereich ausprägen, durchaus modellgebend für andere Bereiche des Wohlfahrtsstaates sein. [...] Nicht Klassenkonflikte und Statussicherung, sondern die Kooperation zwischen Akteuren und das Ziel der Gleichheit haben die sozialen Dienstleistungen langfristig geprägt. Auf dieser Grundlage könnte es dem Wohlfahrtsstaat gelingen, eine neue institutionelle Basis für das gegenwärtige Jahrhundert zu finden.“ (Bahle 2007, 31) Soziale Arbeit als Dienstleistung, genauer: als personenbezogene soziale Dienstleistungsarbeit (Olk/Otto 2003) wird in dieser modernisierungstheoretischen Perspektive sozialpolitisch zentral und optimistisch positioniert. Allerdings zeigt ein genauerer Blick in Bahles Studie, dass die von ihm verwendete Typologie sozialer Dienste – stationär, teilstationär, Tageseinrichtung, ambulant mit den Funktionen Heilen, Pflegen, Wohnen, Betreuen, Erziehen, Beraten, Haushalt, Mobilität, Verpflegung – vor allem hoch standardisierte Dienste erfasst und ausdrücklich „nicht [...] die klassische ‚multifunktionale‘ und ‚offene‘ Sozialarbeit, die von ihrem Grundverständnis her weder auf bestimmte Funktionen spezialisiert ist noch regelmäßig an einem festen Ort stattfindet“ (Bahle 2007, 37). Dieser Beschränkung des Begriffs der Sozialen Arbeit muss man jedoch aus zwei Gründen nicht folgen: Ihr unterliegt eine Engführung, die mit der Sozialen Arbeit als Disziplin und Profession heute nicht mehr verbunden werden kann (Otto/Thiersch 2001); sie entspricht aber auch nicht einer vor allem im englischsprachigen Raum vertretenen Konzeption der systematischen Verknüpfung von Sozialer Arbeit (social work) und „Sozialer Wohlfahrtspolitik“ (Gilbert/Terrell 2005),

einer Politik sozialer Dienste, die von Funktionen ausgeht und nicht von einem materialen Professionsmodell. Es erscheint daher möglich, Bahles politisch-analytisches Resümee als Ausgangspunkt für die folgenden Überlegungen heranzuziehen, zumal er sich in seiner Arbeit nicht mehr weiter mit der Professionsdimension beschäftigt. Dass „Kooperation zwischen Akteuren und das Ziel der Gleichheit“ den Bereich sozialer Dienste prägen und diese damit eine Zukunftssignatur für die Sozialpolitik setzen, erscheint nämlich vielen Beobachtern hoch bedroht.

Dies gilt vor allem dann, wenn seit Mitte der 1990er Jahre in der Sozialpolitik ein Wandel hin zu einer Politik der „Aktivierung“ beobachtet wird, der zunehmend zu einer Sozialpädagogisierung der Sozialpolitik zu führen scheint, allerdings weniger im Sinne eines emanzipativen, an Teilhabe-rechten orientierten Politikkonzepts, vielmehr als Maßgabe einer sozial-psychischen Steuerungsstrategie, die individuelle Einstellungen und habituelle Orientierungen einer umfassenden Marktorientierung unterwerfen möchte. Zugleich wird ein neuer sozialpolitischer Gouvernementalismus, eine Reorientierung der Staatstätigkeit hin zu einem „manageriellen Staat“ (Rüb 2003) wahrgenommen, der die Soziale Arbeit selbst auf die Durchsetzung von Marktstrategien hin diszipliniert (Kessl 2005). Diese umfassende „Transformation of the Welfare State“ (Gilbert 2002) lässt fragen, ob es nicht doch Sozialpolitikkonzepte geben könnte und ob möglicherweise bereits Anzeichen hierfür zu erkennen sind, die der Sozialen Arbeit nicht nur quantitativen Zuwachs, sondern auch teilhabeorientierte Qualitäten versprechen. Dies wäre ein Beitrag zu einer praktischen Sozialethik, ein institutionenbewusster Beitrag zu einer Ethik Sozialer Arbeit.

Im Folgenden soll dieser Problemstellung in drei Schritten nachgegangen werden (zuerst Opielka 2008, siehe auch Opielka 2011). Im ersten Schritt werde ich die ambivalente Beziehung von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit untersuchen und eine Triangulation der Sozialen Arbeit aus sozialpolitischer und soziologischer Sicht vorschlagen. Im zweiten Schritt werde ich dies für die sozialpolitische Perspektive durchführen und im dritten einige Anforderungen an die Professionalität Sozialer Arbeit in einer Bürgergesellschaft skizzieren. Der Optimismus der folgenden Überlegungen speist sich aus einer analytischen Differenzierung. Ich schlage vor, die in der bisherigen Diskussion zum Verhältnis von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit vorherrschende Dichotomisierung Markt-Staat bzw. Trias von Markt-Staat-Gemeinschaft (wobei statt dem soziologischen Steuerungsmodus Gemeinschaft auch von Kooperation, Solidarität oder „Dritter Sektor“ die Rede ist), die sich auch in der Wohlfahrtsregimetypologie Gøsta Esping-Andersens (liberal/sozialdemokratisch/konservativ) niederschlägt (Esping-Andersen 1990), zu erweitern: um einen vierten Regimetyp des „Garantismus“, der sich um Menschen- und Teilhaberechte und den Steuerungsmodus Ethik konstituiert (Opielka 2006, 2008; Carigiet/Opielka 2006). Die Frage lautet, ob ein solcher Regimetyp nicht nur eine sozialpolitische Perspektive weist, sondern hier vor allem, ob er einer Sozialen Arbeit der Zukunft nützt. Die derzeit verwendeten Zukunftsbegriffe einer „aktivierenden“ oder „investiven“ Sozialpolitik werden im Licht der „garantistischen“ Wohlfahrtsregimekonzeption jedenfalls vorsichtig zu verwenden sein.

1. Sozialpolitik und Soziale Arbeit: eine ambivalente Beziehung

Die sozialpolitische Konstituierung der Sozialpädagogik hat Lothar Böhnisch bereits 1982 ziemlich genau formuliert: „Die Sozialpolitik bildet den historisch-politischen Horizont, vor dem sich die institutionelle Sozialpädagogik entfaltet und der sie gleichzeitig begrenzt.“ (Böhnisch 1982, 1) Zugleich diagnostizierte er: „Dass die Sozialpolitik der Zukunft über die ‚alte soziale Frage‘ hinaus zu einem verallgemeinerten Lebenslagenbezug und zu einer *materiellen Politik sozialer Rechte* werden muss und dann nicht mehr im Korsett sozialstaatlicher Balance agieren kann, ist eine *historische Notwendigkeit*.“ (Böhnisch 1982, 153; Herv. M.O.) Jener bald ein Vierteljahrhundert alte Optimismus aus der Frühzeit universitärer Sozialpädagogik erscheint heute gebrochen. Hinsichtlich des Konstitutionsbezugs ist es möglich, dass Hamburgers „Einführung in die Sozialpädagogik“ (Hamburger 2003) mit wenig Bezug auf die Sozialpolitik auskommt, während Galuskes „Flexible Sozialpädagogik“ (Galuske 2002) auf einer systematischen Analyse der Sozialpolitik aufruht – allerdings mit einer gegenüber dem frühen Böhnisch markant pessimistischeren Zukunftsperspektive der Sozialpolitik, die um Codes wie Neoliberalismus und Bürgerarbeit kreist und der Sozialpädagogik wenig Positives verheißt. Der Mittelweg scheint der begangene, wenn beispielsweise ein Sammelband unter dem Titel „Sozialpädagogik im Übergang“ (Schweppe/Sting 2006) mit einer sozialpolitischen Krisendiagnostik beginnt, die Sozialpolitik dann aber eher polemisch (Ziegler 2006) oder assoziativ (Cremer-Schäfer 2006) abhandelt. Wobei Holger Zieglers Diagnose einer „fortgeschrittenen liberalen[n] Refiguration des Sozialen“ (Ziegler 2006, 144) zwar gute Argumente beinhaltet, doch in ihrer Kritik zur Attitüde neigt: „Nicht mehr Wissenschaft scheint heute das Handeln zu legitimieren, der neue Gott dem gehuldigt wird, heißt ‚Qualität‘“ (Ziegler 2006, 142). In Fabian Kessls Beitrag in jenem Band wird der von Ziegler und anderen Bielefelder Forschern für die aktuellen sozialpolitischen Re-Programmierungs- und Re-Strukturierungsprozesse verwendete Begriff des „Neo-Sozialen“ expliziert: „Während die Rede von einer ‚neo-liberalen Gesellschaft‘ suggeriert, dass das alles bestimmende Prinzip nun das des Marktes sei, macht der Begriff des Neo-Sozialen darauf aufmerksam, dass die bisherige wohlfahrtsstaatliche Formation des Sozialen zwar unter der Hegemonie marktförmiger Logiken grundlegend verändert wird, aber keineswegs völlig verschwindet oder gar bereits verschwunden ist.“ (Kessl 2006, 79). Eine Variante dieses Mittelwegs findet sich in der veröffentlichten Fassung des Forschungsantrags zu einer Berufsverbleibstudie von Rauschenbach und Krüger. Dessen „Untersuchungsschema“ beginnt auf der Input-Seite mit dem Indikatorenbündel „Sozial-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik“ (Angilletta u.a. 2003, 360), doch ein Blick in die erhobenen Indikatoren findet jenes Bündel nicht wieder. Diese Fundstücke aus älteren und neueren Texten des sozialpädagogischen Diskurses lassen aufhorchen: eine sozialpolitische Konstituierung der Sozialpädagogik scheint wenig vorstellbar. Betrachten wir zur Überprüfung dieser Beobachtung den Diskurs um das Verhältnis von Sozialpädagogik und Sozialer Arbeit und denjenigen um ein politisches Mandat der Sozialen Arbeit.

Das Verhältnis von Sozialpädagogik und Sozialer Arbeit ist in Deutschland notorisch undiszipliniert. Galuskes erwähnte „Flexible Sozialpädagogik“ ist ein beredtes Beispiel. Ihr Untertitel lautet: „Elemente einer Theorie Sozialer Arbeit“. Sein Argument dafür, die Begriffe „weitgehend synonym“ zu verwenden, sind zum einen „stilistische Gründe“, zum anderen eine von anderen Autoren entwickelte „Konvergenzthese“ (Galuske 2002, 11). Der institutionelle Grund für das begriffliche Durcheinander wird leider selten explizit reflektiert, die Trennung der professionellen Ausbildung in Fachhochschulen und Universitäten. Vereinfacht: erstere produzieren die Masse und die Soziale Arbeit, zweiteere Forschung, Publikationen und die Sozialpädagogik. Während die Soziale Arbeit zumindest theoretisch – und praktisch in vielen Ländern (Skandinavien, Großbritannien, teils in den USA) – ihren systematischen Bezug zur Sozialpolitik nicht verhehlt, so wird sie in Finnland an *Departments for Social Policy* unterrichtet, scheint die Sozialpädagogik als erziehungswissenschaftliche Subdisziplin staatsfern: Wie ihre große Schwester, die Schulpädagogik, verleugnet sie in Deutschland ihre Staats- und damit Politikkonstituierung und begibt sich damit der Chance einer wahrheitsnäheren, also wissenschaftlichen Reflexion ihrer Konstituierung. Eine denkbare Lösung, nämlich die Integration von Fachhochschul- und Universitätsausbildung in Professional Schools der Universitäten, bietet das von Fabian Kessl als drittes Szenario einer Nach-Bologna-Entwicklung skizzierte Modell: „Fachhochschulen und Universitäten koordinieren ihre Bachelor- und Masterstudiengänge bundes- und landesweit. Die jeweils konkreten Kooperationsformen zwischen den beteiligten Hochschulen werden regional ausgehandelt und umgesetzt. [...] Der gemeinsam formulierte Slogan lautet: Für das kämpfen, was Wohlfahrtsstaatlichkeit sein könnte.“ (Kessl 2006, 82) Kessl kann sich dabei auf die „Münsteraner Erklärung“ des 6. Bundeskongress Soziale Arbeit 2005 beziehen, in der gefordert wird, die „Qualifizierung des beruflichen Nachwuchses und die gemeinsame Weiterentwicklung Sozialer Arbeit durch ‚Schools‘ oder ‚Departments‘ auf universitärem Niveau zu gewährleisten“ (Münsteraner Erklärung 2005, 2). Dass Kessl diesem Szenario „am wenigsten Realisierungschancen“ (Kessl 2006, 83) gibt, liegt an der geringen Forschungsbasis der Fachhochschulen, so dass die universitären Vertreter der Sozialen Arbeit Reputationsminderungen fürchten. Letztlich würde das Szenario bedeuten, die Fachhochschulen – zumindest deren Bereiche der Sozialen Arbeit – in diese Schools aufzulösen, wie dies jüngst an der Universität Lüneburg erfolgte und m.E. der einzig zukunftssträchtige Weg für die Disziplin Soziale Arbeit scheint.

Der Diskurs um ein politisches Mandat der Sozialen Arbeit wiederum (Merten 2001) oszilliert innerhalb des Mainstreams zwischen ganz selbstverständlichen Beobachtungen, dass die Soziale Arbeit selbst und natürlich ihre Klienten von sozialpolitischen Prozessen umfassend betroffen sind und eine advokatorische „Selbstmandatierung“ (Kusche/Krüger 2001) nahe liegt, und der Annahme, dass nur „Fachlichkeit“ (Müller 2001) oder „Professionalität“ (Merten 2001a) eine politische Aufmerksamkeit begründen könnte. Hier wäre beispielsweise ein Blick in die USA und die Rolle der „National Association of Social Workers (NASW)“ hilfreich, die mit ihren

gut 140.000 Mitgliedern umfassende politische Lobby-Arbeit betreibt, aus einer ganz pragmatischen Perspektive heraus, für die moralisch-ethische Ziele Bestandteil des Berufsprofils sind. Eine vergleichbare Fachverbandsstruktur existiert in Deutschland nicht und zwar nicht zuletzt aufgrund der diskutierten Dichotomie Universität-Fachhochschule, die sich in den Verbänden subtil reproduziert und damit auch die Profession Soziale Arbeit schwächt.

Insoweit fällt eine eigentümliche Selbstbeschränkung der Sozialen Arbeit als Disziplin auf. Nicht zuletzt aufgrund meiner persönlichen Berufsbiographie als Erziehungswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Sozialpädagogik, als Soziologe und Hochschullehrer für Sozialpolitik wäre der Sozialen Arbeit eine Art Triangulation zu empfehlen: eine Reflexion aus sozialpolitischer und soziologischer Perspektive. In den nächsten Schritten soll beides etwas offensiver versucht werden. Der Fokus sind soziale Garantien und die Funktion der Sozialen Arbeit in deren Herstellung und Sicherung.

2. Soziale Garantien und Sozialpädagogik: Sozialpolitische Reflexion

Sozialpolitik wurde und wird mit präventiven Wirkungen begründet. Sie soll Kriminalität verhindern, Demokratie und Frieden bewahren und Fundamentalismen überflüssig machen. Dahinter stehen zwei starke Annahmen, eine empirische und eine theoretische. Die starke empirische Annahme besteht darin, dass sozialpolitische Interventionen soziale Wirkungen haben. Die starke theoretische Annahme besteht in einem Standardkonzept gleichheitsorientierter Normalität, dessen Abweichungen Intervention begründen, wobei sich dabei noch eine sozialtechnokratische und eine sozialutopische Variante unterscheiden lassen. Befürworter und Kritiker beider Annahmen finden sich in der sozialpolitischen, sozialpädagogischen und soziologischen Literatur.

Eine Neuorientierung der Diskussionslage dürfte sich nach 1989, dem Zusammenbruch der klassischen Kapitalismus-Kommunismus-Dualität, insoweit ergeben haben, als die Standardkonzepte von Normalität neu justiert wurden. Die sozialutopische Wirkungsvariante scheint erschöpft, der Fortfall des kompetitiv sozialistischen Musters führte zu einer Reformulierung sozialreformerischer Programmatiken („Workfare statt Welfare“, Mindest- statt Lebensstandardsicherungen, Marktsteuerung, investive Sozialpolitik usw.). Sie lassen sich als eine Konzentration sozialpolitischer Interventionen zugunsten von mehr oder eben weniger voraussetzungsreichen sozialen Garantien beschreiben. Allerdings müssen sich auch diese der genannten empirischen und theoretischen Kritik stellen.

Diese Kritik kann exemplarisch unter dem Fokus der Präventivwirkung sozialer Garantien geleistet. Prävention wird dabei methodisch von Intervention abgegrenzt, unterliegt allerdings einem „generellen Gefährdungsverdacht“ (Böllert 2001, 1397), weil Handlungs- und Verursachungsketten sozialer Probleme meist nicht eindeutig, Präventionsbemühungen damit häufig unspezifisch angelegt sind. Am Beispiel von zwei Politikfeldern – Bildung und Armut – werden nun empirische und theoretische

Annahmen kontrastiert: was genau wird unter sozialen Garantien bzw. sozialen Grundrechten in diesen Politikfeldern diskursiv verhandelt? Welche Rolle spielen sozialpolitische Diskurse in diesem Zusammenhang?

a) Bildung und soziale Garantien

„Nach PISA“ erhielt die Bildungspolitik in Deutschland skandalisierte Aufmerksamkeit. Auch die Sozialpädagogik spielte dabei eine Rolle. Der Kommission, die den 2005 veröffentlichen Zwölften Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung zum Thema „Bildung, Betreuung und Erziehung vor und neben der Schule“ erstellte, saß mit Thomas Rauschenbach ein Sozialpädagoge vor (Deutscher Bundestag 2005). Die Sachlage ist insoweit kompliziert, als die Bildungspolitik in Deutschland bisher kaum als sozialpolitisches Feld konzipiert wurde (Opielka 2005, 2011). Aus Sicht der Sozialpädagogik sind drei Bereiche interessant: der frühkindlich-vorschulische Bereich, die Schulsozialarbeit und die Berufsförderung.

Greifen wir den erstgenannten Bereich heraus, der zudem im 12. Kinder- und Jugendbericht stark gemacht wurde, auch mit sozialpädagogischen Begründungen. Zum 1. Januar 2007 wurde das bisherige Erziehungsgeld durch das „Elterngeld“ ersetzt. Danach erhalten Eltern, die zum Zwecke der Kinderbetreuung ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen, im ersten Lebensjahr ihres Kindes Elterngeld in Höhe von 67% des entfallenen Nettoerwerbseinkommens. Von dieser Reform wird unter anderem erwartet, dass Mütter zu einem früheren Wiedereinstieg in den Beruf ermutigt werden. Bisherige Reformen, die primär darin bestanden, die Elternzeit auszuweiten, haben eher dazu geführt, dass die Berufsrückkehr von Müttern abnahm. Schätzungen des DIW lassen erwarten, dass das Elterngeld zu kürzeren Erwerbsunterbrechungen von Müttern mit kleinen Kindern führen wird. Die Erwerbsbeteiligung von Müttern mit Kindern im zweiten Lebensjahr wird nach diesen Schätzungen auf knapp 40% ansteigen (Spieß/Wrohlich 2006). Eine Beteiligung des anderen Elternteils, in der Regel des Vaters, wird durch zwei zusätzliche Bezugsmonate gratifiziert. Die soziale Garantie des bisherigen Erziehungsgeldes auf niedrigerem Niveau, jedoch mit längerer Laufzeit (2 Jahre, in einigen Bundesländern 3 Jahre), wird durch eine kurzzeitigere Garantie auf höherem Niveau ersetzt. Bezogen auf unsere Fragestellung heißt das:

- Der sozialpolitische Diskurs fokussiert auf Mütter und die Hebung ihrer Erwerbsbeteiligung;
- als Präventionswirkungen gelten eine Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit, damit eine Reduzierung des Armutsrisikos vor allem von Alleinerziehenden. Die empirischen und theoretischen Evidenzen für diese Wirkungen sind recht stark. Allerdings fehlte im deutschen Diskurs seit 2002 – dem Jahr, in dem die CDU/CSU-Opposition mit dem alternativen Konzept eines langzeitigen „Familiengeldes“ in den Bundestagswahlkampf zog, die Anfang 2007 mit der Idee eines „Betreuungsgeldes“ erneut aufgegriffen wurde und das ab dem 01.09.2013 gezahlt wird – eine

alternative Position, für die ebenfalls starke Argumente vorgebracht werden könnten (Opielka 2008, 99ff.).

- Die sozialpolitischen Diskurse waren entscheidend für diese eher sozialdemokratische Reform, die von einer konservativen Familienministerin durchgesetzt wurde. Jene wurden vor allem von arbeitsmarktlichen Funktions- und frauenpolitischen Deutungsinteressen geprägt. Bildungs- und Erziehungsdiskurse spielten in der Frage einer optimalen Organisation der vorschulischen Periode kaum eine Rolle. Zwar wird im 12. Kinder- und Jugendbericht darauf hingewiesen, dass monetäre Leistungen der Familienpolitik das Armutsrisiko von Familien deutlich reduzieren, vor allem aber darauf, dass der Erziehungsurlaub die Berufslaufbahn von Frauen gefährdet (Deutscher Bundestag 2005, 168ff.). Lösungen dieser Mütterfalle auf dem Arbeitsmarkt werden nur in einer Verkürzung der Ausstiegszeit gesucht. Das Normalitätsmodell des männlichen Erwerbstätigen wird nicht infrage gestellt, der „Myth of a Dual-earner Society“ (Larsen u.a. 2004) wird kontrafaktisch gepflegt (Lewis 2003).

Die skizzierten hegemonialen sozialpolitischen Deutungsmuster sind bislang auch in der Sozialen Arbeit virulent und von dort in die Sozialpolitik gespeist. Die Sozialpädagogik argumentiert bisher fast ausschließlich mit Blick auf die außerfamiliären Leistungsangebote, sie plädiert zwar zu Recht gegen eine kognitionspädagogische und humankapitaltheoretische Verkürzung der frühkindlichen Bildung (Andresen u.a. 2005, Thiersch 2006), doch verkürzt sie damit die Bildungsrechte des Kindes auf einen außerfamiliären Betreuungsplatz, dessen quantitative Maximierung – zumindest in Westdeutschland, da Ostdeutschland hierbei führt – zum Politikziel erklärt wurde. Es sind gerade nicht Vertreter der Sozialpädagogik bzw. Sozialen Arbeit, die diese Verkürzung theoretisch und empirisch überwinden, sondern eher Frühpädagogen und Psychologen mit sozialpädagogischem Interesse. Grundlage dafür sind zum einen die Erkenntnisse der psychoanalytischen und entwicklungspsychologischen Bindungsforschung (Grossmann/Grossmann 2004), zum anderen die Resilienzforschung, die den Fokus auf die Bewältigung von Risikobedingungen legt: „Die neuere entwicklungspsychologische Forschung belegt, dass die fehlende Kompetenz des Kindes, Übergänge angemessen zu bewältigen, auf innerfamiliäre Prozesse zurückzuführen ist, welche bereits vor dem Eintritt des Kindes in den Kindergarten vorfindbar sind. Wenn dies aber so ist, dann sollte dem Übergang von der Familie in den Kindergarten erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden, und man sollte beginnen, diese Kinder, deren Anzahl mit etwa 18 bis 20% angegeben wird, früh zu identifizieren und die Zeit des Kindergartenbesuchs für deren systematische Förderung nutzen.“ (Fthenakis u.a. 2005, 8) Erscheint der Übergang Familie-Kindertagesstätte – und im Übrigen auch weitere Übergänge (Schule, Ausbildung) – nur im Kontext mit der Familiensituation sinnvoll bearbeitbar, dann stellt sich die Frage, warum die Sozialpädagogik der Familie bisher kaum Aufmerksamkeit schenkte.

Im erwähnten 12. Kinder- und Jugendbericht wird beispielsweise das Konzept der „Familienzentren“ nur in einem Spiegelstrich erwähnt, einen Absatz später wird

eine arbeitsmarktlich-professionelle Information dazu nachgeliefert. Demnach arbeiten beispielsweise in der Familienbildung in NRW nur etwa 500 Fachkräfte, während in diesem Bundesland 66.000 Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen und 8.800 Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe tätig sind, „was zeigt [...], dass die Familienbildung in Deutschland bislang keine große Rolle spielt“ (Deutscher Bundestag 2005, 170). Seit 2006 investiert NRW in das Modell der „Familienzentren“, evaluiert durch den Frühpädagogen Wolfgang Tietze, das Ende 2007 mehr als 1.000 Standorte umfasst (Stöbe-Blossey u.a. 2007). Damit ist eine Akademisierung der Frühpädagogik oberhalb des Bachelorniveaus verbunden, da Elternbildung, Sprachförderung, Netzwerkarbeit wie psychosoziale Prävention und Beratung im Konzept der Familienzentren integriert sind. Eine derartige Komplexitätsstrategie wäre nun auf der disziplinären Seite der Sozialen Arbeit anzuraten, im Interesse der Realisierung von Teilhaberechten ihrer Klienten. Leider übersieht ein auf Markt-Staat-Dichotomien fokussierter Diskurs die gemeinschaftliche Dimension Familie bzw. sortiert sie dem konservativen politischen Pol zu, der von diesem linken und liberalen Bias profitiert. Das Feld frühkindlicher Bildung erscheint hier paradigmatisch für die bisherige Kombination aus quantitativer Emphase und qualitativer Verengung sozialpolitischer Diskurse in der Sozialen Arbeit (Opielka/Winkler 2009).

b) Armut und soziale Garantien

Bereits das obige Zitat von Böhnisch zu einer „materiellen Politik sozialer Rechte“ (Böhnisch 1982, 1) bezog sich auf soziale Garantien gegen Armut. Seitdem haben sich die Diskurse ausdifferenziert. Im sozialdemokratischen Mainstream der modernen Sozialpädagogik wird zwar die Exklusionsneigung des lohnarbeitszentrierten Sozialstaatsmodells reflektiert. Ein hier häufig zitierter Autor ist Gerhard Bäcker (z.B. Bäcker 2001). Allerdings verbleiben die Konzepte sozialer Garantien gewöhnlich innerhalb dieses Modells, dessen mangelhafte armutspräventive Wirkung bereits mit dem Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2005) evident wurde.

Starke Annahmen über präventive Wirkungen wurden mit den sozialdemokratischen Konzepten des „aktivierenden Sozialstaats“ verbunden. Aktivierungskonzepte existieren jedoch, wie Abbildung 1 zeigt, in allen politischen Lagern, gleichwohl mit sehr unterschiedlichen Annahmen und Effekten. Die von Esping-Andersen mit dem Begriff der „Dekommodifizierung“ beschriebene Zentralfunktion des modernen Wohlfahrtsstaates – die Reduzierung der Arbeitsmarktabhängigkeit der Ware (commodity) Arbeitskraft durch arbeitsmarktexterne Existenzsicherungsoptionen – (Esping-Andersen 1990; Esping-Andersen u.a. 2002), wurde durch die Aktivierungs-Agenda in eine Re-Kommodifizierung verdreht.

<i>Wohlfahrtsregime</i>	liberal (level 1)	sozialdemokratisch (level 2)	konservativ (level 3)	garantistisch (level 4)
<i>Aktivierungssystem</i>	Markt	Staat	Gemeinschaft (Familie, Berufsstand)	Sinn/ Legitimation
<i>Armutskonzept</i>	Armut	Ungleichheit	soziale Exklusion	Teilhabemangel
<i>sozialpolitischer Adressat, Subjektbegriff</i>	Produzent / Kunde	Arbeitnehmer / Sozialbürger	Familienperson / Gruppenselbst	Individuum / autonomer Bürger
<i>Aktivierungskonzept</i>	„workfare“ / Inklusion durch Produktivismus (ohne soziale Dienstleistung)	„aktivierender Staat“ / Inklusion durch erweiterte „Arbeiterpolitik“	„Normalisierung“ / Inklusion durch „Familienpolitik“, „Gruppenpolitik“ (Minoritäten)	Empowerment / Inklusion als Grundrecht
<i>Ressourcenfokus</i>	ökonomische R.	rechtliche R.	Verhaltens-R. Moral	Handlungskompetenzen / Ethik
<i>Konzeption sozialer Gerechtigkeit</i>	Leistungsgerechtigkeit	Verteilungsgerechtigkeit	Bedarfsgerechtigkeit	Teilhabegerechtigkeit

Abbildung 1: Welfare-Regime-Typen und Konzeptionen der Aktivierung; Quelle: Opielka 2008, 90 (gekürzt)

Entscheidend erscheint dabei die Alternativlosigkeit, mit der diese Agenda im politischen wie im sozialpolitikwissenschaftlichen Kontext behauptet wird. Bezogen auf unsere Fragestellung heißt das:

- Der Mainstream des neueren Armutsdiskurses rekonstruiert Armut im Wesentlichen als Mangel existenzsichernder Arbeitsplätze. Durch „Aktivierung“ und „workfare“ soll eine umfassende Teilnahme bzw. Teilhabe am Arbeitsmarkt und darüber die Beseitigung von Armut erreicht werden. Der hierzu alternative, „garantistische“ Diskurs um Grundeinkommen bezweifelt mit dem Verweis auf die „Working Poor“ die behauptete Integrationskraft des Arbeitsmarktes für die Gesamtbevölkerung und empfiehlt auch deshalb eine Lockerung des Arbeitsbegriffs;
- die Präventionswirkungen des „Aktivierungs“-Diskurses zielen auf die Wiederherstellung von Vollbeschäftigung, diejenigen des konkurrierenden Grundeinkommensdiskurses auf die Universalisierung sozialer Bürgerrechte;
- empirische Evidenzen sind für beide Positionen widersprüchlich. Theoretische Evidenzen sprechen eher für die „garantistische“ Position, da diese mit einer individualistischen und expressiven Sozialmoral moderner Bürger eher übereinstimmt (Opielka 2008; Opielka u.a. 2010);
- sozialpolitische Diskurse konstituieren auch hier die politische Wirklichkeit.

Insoweit sich die Soziale Arbeit dem Rekommodifizierungsprogramm widersetzt, geschieht dies unter dem Verweis auf die Verletzung von Grundrechten. Irritierend-derweise übersehen die meisten ihrer kritischen Vertreter (z.B. Cremer-Schäfer 2006, Dahme u.a. 2003), dass die von ihnen postulierte oder zumindest als verschwindend bedauerte „alte“, nämlich sozialdemokratische Wohlfahrtsstaatlichkeit selbst fundamental an die Lohnarbeitszentrierung gebunden war. Die nun verstärkte Kopplung von Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik stellt insoweit nur eine Neuakzentuierung des Arbeits- und Leistungsethos der produktivistischen Arbeiterbewegung um eine liberale Annahme des „Sieges des Kapitalismus“ nach 1989-90 dar. Eine wohlfahrtsregimetheoretische Verortung dieser Diskurse kann diese Unklarheiten mindern. Sie macht zum einen deutlich, dass allen Regimekonzepten eine soziologische „Wahrheit“ zugrunde liegt: alle vier Aktivierungssysteme (Markt, Staat, Gemeinschaft, Sinn/Legitimation) wie auch alle vier Gerechtigkeitskonzepte (Leistung, Verteilung, Bedarf, Teilhabe) haben ihre Berechtigung. Zum anderen zeigt sie politisch, dass die Garantie von Grundrechten bisher im Sozialstaat zu wenig entwickelt wurde. Amartya Sen in der (linksliberalen) Sozialpolitikdebatte zunehmend reüssierender Fähigkeitenansatz („capability approach“) (Sen 2010) erscheint vor diesem Hintergrund nicht einfach nur als eine Auflistung kluger Teilhabeansprüche ohne systematische Rangordnung (so Hirschler/Homfeldt 2006, 50), sondern als durchaus „garantistisches“ Programm (Opielka 2008, 232), das gegen die Dominanz der etablierten Trias der Wohlfahrtsregime stark gemacht werden sollte.

3. Professionalität Sozialer Arbeit in der Bürgergesellschaft

Die politisch-soziologische Regulationsperspektive in Bezug auf die Wirksamkeit wohlfahrtsstaatlicher Intervention wurde differenziert nach insgesamt vier Deutungsmustern untersucht, die sich auch an einer Erweiterung der Wohlfahrtsregime-Typologie von Esping-Andersen um den Regimetyp „Garantismus“ orientieren. Die Vereinseitigungen der vier Deutungsmuster mit ihrem Fokus auf Markt, Staat, Gemeinschaft oder Sinn (Ethik) legen multidimensionale Konzepte zur Analyse des Zusammenhangs von Sozialpädagogik und Wohlfahrtsstaat zwingend nahe, wie sie hier skizziert wurden. Dabei ist die Wirklichkeit hilfreich. Denn in einem widersprüchlichen, keineswegs immer linearen, modernisierungstheoretischen Annahmen folgenden Prozess haben sich soziale Grundrechte auf die Agenda geschoben, meist bewusst intendiert durch soziale Akteure, nicht selten freilich als Nebenfolge rein funktional gedachter Entscheidungen. Es ist dieser komplexe Prozess, den „Neo-Institutionalisten“ in der Soziologie und den Politikwissenschaften fokussieren und dabei erstaunt feststellen, wie eine „Weltkultur“ (Meyer 2005) entstand, die den Kern des „Europäischen Sozialmodells“ kulturell einschließt – trotz scheinbarer Gegenbewegungen. Jener Kern ist die Gleichheit des Menschen, sind Freiheit und Solidarität, gleichsam die Werte der Französischen Revolution, von Christentum und Aufklärung, die sich in den Menschenrechten universalisierten und in anderen Kultur- und Religionskreisen auch deshalb auf Resonanz stießen, weil sie die Wirklichkeit auf den Begriff bringen. Die drei diskutierten Fragestellungen (Bildung,

Gesundheit, Armut) rekonstruierten sozialpolitische Wertkonflikte, die nicht nur zwischen individuellen und kollektiven Akteuren, sondern auch je in ihnen selbst beobachtet werden können (Meyer 2004, 73; Opielka 2007; Opielka u.a. 2010).

Die Soziale Arbeit befindet sich heute vor allem in Deutschland in einer unerfreulichen Opferrolle gegenüber Sozialreformen wie beispielsweise „Hartz IV“, die den sozialen Status ihrer Klienten abwerten. Der Grund für dieses tendenzielle Versagen liegt in ihrer Depolitisierung und ihrer Deprofessionalisierung. Depolitisierung deshalb, weil weder die praktischen noch die akademischen VertreterInnen der Disziplin bewusst die Abwertung ihrer Klienten wollen, zugleich aber zu wenig politische Reflexivität gelehrt und kommuniziert wird. Deprofessionalisierung deshalb, weil die deutsche Soziale Arbeit – ganz anders als beispielsweise Social Work in den USA – ihre fehlende, auf die eher forschungsschwachen Fachhochschulen begrenzte Akademisierung oft auch noch mit dem naiven Verweis auf Praxisnähe begrüßt. In einer Wissensgesellschaft ist damit die systemische Bedeutungsarmut programmiert. Allerdings könnte der Verweis auf die USA auch eine gegenteilige Kritik aufrufen: Der dort gut etablierten Disziplin des Social Work war es nicht gelungen, die Wende „von Welfare zu Workfare“ zu bremsen, was die sozialpolitische Irrelevanz der Sozialen Arbeit bestätigte – und umgekehrt, eine individualisierende Perspektive nahe lege. Hier zeigt sich jedoch nur der Unterschied zwischen notwendigen und hinreichenden Bedingungen. Eine Politisierung der Sozialen Arbeit ist notwendig. Doch für eine politische Beeinflussung sind schlicht die Mehrheitspositionen auch in der Disziplin entscheidend und diese waren gegenüber der Aktivierungs- und generell der Marktagenda auch in den USA höchst ambivalent. Ein besonders prominentes Beispiel sind die Arbeiten von Neil Gilbert, der die kritischen Folgen dieser Agenda beredt analysiert und beklagt (Gilbert 2000; 2002), andererseits aber auf der Ebene der Gerechtigkeitskonzeptionen primär der (individualistischen) Leistungsagenda verpflichtet bleibt (Gilbert 1995).

Der Trend zur Personenzentrierung, wie er in der Sozialpsychiatrie und teilweise in der Jugendhilfe zu beobachten ist, bietet daher Chancen für eine kontextuierte und zugleich individualisierte Soziale Arbeit. Damit könnten in den letzten Jahren verschüttete fachliche Zugänge neu eröffnet werden, wie beispielsweise der Kulturvergleich oder die psychoanalytische Sozialarbeit. Diese Chancen sind heute mehr als früher bedroht durch den Trend zur Ökonomisierung, der in der Sozialen Arbeit unter Chiffren wie „Sozialwirtschaft“ den primär gemeinschaftlichen und helfenden Professionskern verunklart. Diesem Kern gegenüber erfüllen Kompetenzen des Sozialmanagements oder -marketings stets nur eine dienende Funktion – ähnlich wie kein Krankenhausbetriebswirt behaupten kann, das Wesen der Medizin zu pflegen. Der Ökonomismus (philosophisch: Utilitarismus) neigt gleichwohl zu Überheblichkeit und Kolonialisierung. Dagegen helfen nur Professionalität und Berufsethik. Was sich nicht ändern sollte, ist die intuitive Parteilichkeit, die praktisch alle Fachkräfte der Sozialen Arbeit als Primärkompetenz mitbringen.

Eine Reihe neuer, auch in der Sozialgesetzgebung (u.a. § 93 BSHG) verankerter Instrumente wie der „Integrierte Behandlungs- und Rehabilitationsplan (IBRP)“, „Individuelle Hilfepläne (IHP)“, „Persönliche Budgets (PB)“ und die „Hilfeplankonferenz (HPK)“ sind Bestandteil einer Neuorientierung sozialer und gesundheitlicher Dienstleistungen, die von vielen Beobachtern als Ausdruck einer zunehmenden Marktorientierung verstanden werden, teils eingebaut in „Neue Steuerungsmodelle“ vor allem der kommunalen Sozialpolitik wie „New Public Management (NPM)“ und einer zielgesteuerten Unternehmensführung (Management by Objectives, MBO; Qualitätsmanagement) in sozialen Einrichtungen (Seim 2000; Otto/Schnur 2000). Kritiker rechnen auch das Konzept der „Evidenzbasierten Sozialen Arbeit“ umstandslos in die Kategorie der neoliberalen Refigurationen des Sozialen (Ziegler 2006). Doch lassen sich die Diskurse um eine Wirkungsorientierung der Sozialen Arbeit keineswegs ausschließlich neo-bürokratisch und neoliberal verorten, sie beinhalten auch die Chancen zu einer Neuformulierung von Professionalität Sozialer Arbeit (Otto 2007). Von besonderer Bedeutung für die Soziale Arbeit erscheint das Instrument der Evaluation, insbesondere in seiner Ausprägung als qualitative Evaluationsforschung (Opielka u.a. 2007).

Wie sind diese Entwicklungen zu bewerten? Wichtig ist dabei, dass man zwischen den analytischen Ebenen von Institutionen klar genug unterscheidet. In Abbildung 2 wird ein einfaches Modell professioneller Handlungsebenen zwischen Individuum, Institutionen und Gesellschaft skizziert. Die neueren Steuerungsmodelle lassen sich dabei verschiedenen Ebenen zuordnen. Während das methodische Werkzeug der Evaluation sowohl auf der Makroebene (Implementationsforschung politischer Maßnahmen) wie der Mikroebene (im Kontext von Qualitätsmanagement) eine Rolle spielt, scheint der „Personenzentrierte Ansatz“ ein Fluchtpunkt auf der Mikroebene (Klientenbeziehung) nicht nur in der Sozialpsychiatrie zu sein.

Gesellschaft Gemeinde	Makro	„Aktivierung“, „Workfare“ New Public Management Evaluation
Institution (Professionelle)	Meso	Persönliche Budgets Hilfeplankonferenz Evaluation
Person (Nutzer, Klient)	Mikro	IBRP/IHP

Abbildung 2: Systemebenen der Sozialpolitik in der Sozialen Arbeit; eigene Darstellung

Hier gibt es nun zumindest zwei ganz unterschiedliche Bewertungen, die auf die Handlungsebenen zurückgeführt werden können. Während die Befürworter des neuen Ansatzes (z.B. Schulte-Kemna u.a. 2004) in der Fokussierung auf den Hilfesuchenden einen enormen Perspektivengewinn erkennen, möchte beispielsweise Klaus

Dörner sowohl der „Personenzentrierung“ wie der „Profizentrierung“ eine „Sozialraum- oder Bürgerzentrierung entgegensetzen“ (Dörner 2005, 34). Während Dörner eher auf die Makro- und ein wenig die Mesoebene fokussiert, scheinen Schulte-Kemna u.a. eher die Mikro- und ein wenig die Mesoebene in den Blick zu nehmen. Es ist hier nicht Gegenstand, was eigentlich genau an sozialtherapeutischer und sozialpädagogischer Professionalität Not tut. Man muss vermuten, dass diese – m.E. zentrale – professionelle Frage eher im Dickicht der Diskussion verschwindet. Denn was bislang an praktischen Erfahrungen von Hilfeplankonferenzen verlautet, so mögen sie als „Herzstück personenzentrierter Umgestaltung“ (Konrad/Gnannt-Kroner 2004) nur bezeichnet werden können, wenn man therapeutisch-pädagogische Prozesse auf Dienstleistungscoordination reduziert. Letztlich bleibt die tatsächliche Dienstleistung der „professionellen Kunst“ den jeweils Tätigen und ihren Einrichtungen überlassen – wobei die sozialräumliche Vernetzung der Tätigen, im Sinne Dörners, als Bestandteil zeitgemäßer Professionalität gelten muss.

Meine Frage geht aber über das unmittelbar klientenzentrierte Handeln hinaus. Die gegenwärtig spürbare Beunruhigung unter den Mitarbeitern der Sozialen Arbeit hat ihre Ursache darin, dass hinter den neuen Entwicklungen letztlich fiskalische Sparinteressen stehen. Effizienzsteigerung durch bürokratische Prozeduren wird bezweifelt. Der Grund liegt in einem Misstrauen gegenüber der „großen“ Sozialpolitik. Dieses Misstrauen ist nicht unberechtigt. Seit Mitte der 1990er Jahre, nicht zufällig auch seit dem Ende der Ost-/West-Blockkonfrontation und dem weltweiten „Sieg des Kapitalismus“, hat sich in den westlichen Wohlfahrtsstaaten die Rhetorik „from welfare to workfare“, ein Paradigma der „Aktivierung“, eines „aktivierenden Sozialstaats“ durchgesetzt (Opielka 2008). Diese „Transformation des Wohlfahrtsstaats“ (Gilbert 2002) zielt darauf hin, die Erwerbs- oder besser: Lohnarbeitszentrierung der Sozialpolitik wieder verschärft durchzusetzen. Die Vertreter dieser Transformation wollen die Prozesse sozialpolitischer „Dekommodifizierung“ rückgängig machen. Was in den politischen Diskursen als „neoliberal“ bezeichnet wird, meint in der Regel den Kampf für ein möglichst liberales Wohlfahrtsregime, das auf Leistungsgerechtigkeit (am Markt) abhebt, die Idee der „Eigenverantwortung“ verallgemeinert, auch wenn die Eigenkräfte ungleich verteilt sind, und das letztlich nur vom Individuum ausgehende Werte gelten lässt. Armut wird in dieser Sichtweise anthropologisiert, eine gesellschaftliche Verantwortung für Armut wird bestritten. Der Arbeitsmarkt soll dominant die soziale Sicherung regulieren (= Re-Kommodifizierung).

Es ist nachvollziehbar, dass alle vier der im Kontext der Wohlfahrtsregime-Analyse genannten Gerechtigkeitskonzepte ihre Berechtigung haben. Problematisch wird es jedoch, wenn man sie vereinseitigt. Hier liegt nun der Grund für das Unbehagen vieler politisch sensibler Mitarbeiter und Betroffener im Sozialbereich. Man spürt, dass die Legitimität sozialpolitischer Investitionen selbst – möglicherweise immer wieder neu – erkämpft werden muss. Wer sich advokatorisch, anwaltlich auf die Seite der sozial Schwächsten stellt, benötigt einen gesellschaftspolitisch sensiblen und kenntnisreichen Blick.

Dieser Blick muss entmystifizieren. Dörners Fokus auf die „Selbstbestimmungsunfähigen“ kann ihn trüben. Wenn er von der Ratlosigkeit eines sozialpsychiatrischen Teams und dessen Frage berichtet: „Was sollen wir denn seit dem neuen personen-zentrierten Konzept tun, wenn wir die psychisch Kranken nur noch nach ihren Wünschen fragen und – im Respekt ihrer Selbstbestimmung – ihre Wünsche erfüllen dürfen?“, und dies zu „meinen bleibenden Bildungserlebnissen“ (Dörner 2005, 37) rechnet, dann wundert man sich auch hier über Vereinseitigungen. Welcher Professionelle würde schon „nur“ danach fragen und „nur“ irgendwelche „Wünsche erfüllen“? Zur professionellen Dienstleistungskunst gehört, die Teilhaberechte der Klienten mit anderen Rechten und Pflichten abzuwägen. Sie, die Professionellen, „müssen lernen, eine feine Linie zu ziehen zwischen zu offen formulierten Kontrakten einerseits, in denen Profitmotive einfließen und durch Qualitätsminderung Kostenersparnisse erzwungen werden können, und den zu restriktiv formulierten Kontrakten andererseits, durch die eine Kommodifizierung sozialer Hilfen entsteht, welche die Rolle professioneller Praxis schwächt und die Qualität sozialer Dienste mindert.“ (Gilbert 2000, 153)

Die Partizipation aktiver – und nicht von oben „aktivierter“ – Bürgerinnen und Bürger im und am Sozialstaat erfordert auch bürokratische Prozeduren, von der Selbstorganisation von Betroffenen bis zur organisatorisch vermittelten Nutzerbeteiligung in politischen und Wohlfahrtsinstitutionen. Sie kann sich aber einer Instrumentalisierung beispielsweise zugunsten von Sparpolitiken nur entziehen, wenn auf allen Ebenen ein Bewusstsein jener „feinen Linie“ existiert, von der Gilbert spricht. „Personenzentrierung“ so verstanden ist damit zugleich ein umfassendes sozialpolitisches Projekt. Eine Bürgergesellschaft will beides: individuelle Leistungen und individuelle Selbstverantwortung. Die sozialpolitische Konfiguration, die für die Soziale Arbeit zukunftssträchtig erscheint, kann dabei als „garantistisch“ bezeichnet werden. Der Fokus auf das Individuum wird darin selbst systemisch, funktional gefasst, Individualisierung also gesellschaftlich kontextuiert. „Garantismus“ heißt zunächst, dass wohlfahrtsstaatliche Sicherung im Kern an Grundrechten gebunden ist und nicht an das Erwerbssystem. Dass dies historisch auch die Agenda sozialer Dienste und damit der Sozialen Arbeit bildet, sollte als motivierende Erkenntnis für die Zukunft des Sozialstaats gelten können.

Literatur

Andresen, Sabine/Bock, Karin/Bollweg, Petra/Otto, Hans-Uwe (2005), Netzwerk Bildung. Transferleistungen der Kinder- und Jugendhilfe im Kontext von formellen und informellen Bildungsprozessen. Expertise zum 8. Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung NRW, Düsseldorf: Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes NRW.

Angiletta, Salvatore Pasquale/Fuchs, Kirsten/Rotampour, Parviz (2003), AbsolventInnen erziehungswissenschaftlicher Hauptfachstudiengänge. Beruflicher Verbleib, Berufskarrieren und berufliches Selbstverständnis – Eine bundesweite empirische Untersuchung, in: *Otto, Hans-Uwe/Oelerich, Gertrud/Micheel, Heinz-Günter* (Hg.), Empirische Forschung und Soziale Arbeit. Ein Lehr- und Arbeitsbuch, München/Unterschleißheim: Luchterhand, 357-380.

Bäcker, Gerhard (2001), Soziale Sicherung, in: *Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans* (Hg.), Handbuch der Sozialarbeit/Sozialpädagogik, 2. Aufl., Neuwied/Kriftel: Luchterhand, 1709-1728.

Bahle, Thomas (2007), Wege zum Dienstleistungsstaat. Deutschland, Frankreich und Großbritannien im Vergleich, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Böhnisch, Lothar (1982), Der Sozialstaat und seine Pädagogik. Sozialpolitische Anleitungen zur Sozialarbeit, Neuwied/Darmstadt: Luchterhand.

Böllert, Karin (2001), Prävention und Intervention, in: *Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans* (Hg.), Handbuch der Sozialarbeit/Sozialpädagogik, 2. Aufl., Neuwied/Kriftel: Luchterhand, 1394-1398.

Carigiet, Erwin/Opielka, Michael (2006), Deutsche Arbeitnehmer – Schweizer Bürger?, in: *Carigiet, Erwin/Mäder, Ueli/Opielka, Michael/Schulz-Nieswandt, Frank* (Hg.), Wohlstand durch Gerechtigkeit. Deutschland und die Schweiz im sozialpolitischen Vergleich, Zürich: Rotpunkt Verlag, 15-45.

Cremer-Schäfer, Helga (2006), Neoliberale Produktionsweise und der Umbau des Sozialstaats. Welche Bewandnis hat Hartz für die Soziale Arbeit?, in: *Schweppe, Cornelia/Sting, Stefan* (Hg.), Sozialpädagogik im Übergang. Neue Herausforderungen für Disziplin, Profession und Ausbildung, Weinheim/München: Juventa., 157-173.

Deutscher Bundestag (2005), Zwölfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland, BT-Drs. 15/6014, 10.10.2005.

Dahme, Heinz-Jürgen/Otto, Hans-Uwe/Trube, Achim/Wohlfahrt, Norbert (2003), Soziale Arbeit für den aktivierenden Staat, Opladen: Leske + Budrich.

Dörner, Klaus (2005), Es ist verboten, Personen zu zentrieren!, in: Soziale Psychiatrie, 1, 33-37.

Esping-Andersen, Gøsta (1990), The Three Worlds of Welfare Capitalism, Princeton: Princeton University Press.

Esping-Andersen, Gøsta u.a. (2002), Why We Need a New Welfare State, Oxford u.a.: Oxford University Press.

Fthenakis, Wassilios E. u.a. (2005), Auf den Anfang kommt es an. Perspektiven für eine Neuorientierung frühkindlicher Bildung, Berlin: Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Galuske, Michael (2002), Flexible Sozialpädagogik. Elemente einer Theorie Sozialer Arbeit in der modernen Arbeitsgesellschaft, Weinheim/München: Juventa.

Gilbert, Neil (1995), Welfare Justice. Restoring Social Equity, Yale: Yale University Press.

Gilbert, Neil (2000), Dienstleistungskontrakte: Strategien und Risiken, in: Otto, Hans-Uwe/Schnur, Stephan (Hg.), Privatisierung und Wettbewerb in der Jugendhilfe. Marktorientierte Modernisierungsstrategien in internationaler Perspektive, Neuwied/Kriftel: Luchterhand, 143-154.

Gilbert, Neil (2002), Transformation of the Welfare State. The Silent Surrender of Public Responsibility, Oxford u.a.: Oxford University Press.

Gilbert, Neil/Terrell, Paul (2005), Dimensions of Social Welfare Policy, 6. Aufl., Boston u.a.: Pearson.

Grossmann, Karin/Grossmann, Klaus E. (2006), Bindungen. Das Gefüge psychischer Sicherheit, 3. Aufl., Stuttgart: Klett-Cotta.

Hamburger, Franz (2003), Einführung in die Sozialpädagogik, Stuttgart: Kohlhammer.

Hirschler, Sandra/Homfeldt, Hans Günther (2006), Agency und Soziale Arbeit, in: Schweppe, Cornelia/Sting, Stefan (Hg.), Sozialpädagogik im Übergang. Neue Herausforderungen für Disziplin, Profession und Ausbildung, Weinheim/München: Juventa, 41-54.

Kessl, Fabian (2005), Der Gebrauch der eigenen Kräfte. Eine Gouvernamentalität sozialer Arbeit, Weinheim: Juventa.

Kessl, Fabian (2006), Soziale Arbeit trotz(t) Bologna. Drei Szenarien zur Zukunft der Studiengänge im Feld Sozialer Arbeit, in: Schweppe, Cornelia/Sting, Stefan (Hg.), Sozialpädagogik im Übergang. Neue Herausforderungen für Disziplin, Profession und Ausbildung, Weinheim/München: Juventa, 71-87.

Konrad, Michael/Gnannt-Kroner, Sabine (2004), Hilfeplankonferenz als Herzstück personenzentrierter Umgestaltung, in: Kerbe, 4, 16-19

Kusche, Christoph/Krüger, Rolf (2001), Sozialarbeit muss sich endlich zu ihrem politischen Mandat bekennen!, in: Merten, Roland, Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema, Opladen: Leske + Budrich, 15-25.

Larsen, Trine P./Taylor-Gooby, Peter/Kananen, Johannes (2004), The Myth of a Dual-Earner Society. New Policy Discourses in European Welfare States, Paper presented at the WRAMSOC (Welfare Reform and Management of Societal Change) Berlin Conference 23.-25.4.2004.

Lewis, Jane (2003), Erwerbstätigkeit versus Betreuungsarbeit, in: Gerhard, Ute/Knijn, Trudie/Weckwert, Anja (Hg.), Erwerbstätige Mütter. Ein europäischer Vergleich, München: Beck, 29-52.

Merten, Roland (Hg.) (2001), Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema, Opladen: Leske + Budrich.

Merten, Roland (2001a), Soziale Arbeit: Politikfähigkeit durch Professionalität, in: ders., Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema, Opladen: Leske + Budrich, 159-178.

Meyer, John W. (2005), Weltkultur. Wie die westlichen Prinzipien die Welt durchdringen, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Münsteraner Erklärung, 2005, Die Zukunft der Sozialen Arbeit gemeinsam gestalten. Zu den Aufgaben der Hochschulen in der Neubestimmung der Qualifizierungslandschaft, <http://iw7srv15.uni-muenster.de/buko/muensteranererklaerung.pdf> (abgerufen 12.04.2013).

Müller, Siegfried (2001), Soziale Arbeit: Ohne politisches Mandat politikfähig, in: Merten 2001, 145-152.

Olk, Thomas/Otto, Hans-Uwe (Hg.) (2003), Soziale Arbeit als Dienstleistung. Grundlagen, Entwürfe und Modelle, München/Unterschleißheim: Luchterhand.

Opielka, Michael (Hg.) (2005), Bildungsreform als Sozialreform. Zum Zusammenhang von Bildungs- und Sozialpolitik, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Opielka, Michael (2006), Gemeinschaft in Gesellschaft. Soziologie nach Hegel und Parsons, 2. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Opielka, Michael (2007), Kultur versus Religion? Soziologische Analysen zu modernen Wertkonflikten, Bielefeld: transcript.

Opielka, Michael (2008), Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven, 2. Aufl., Reinbek: Rowohlt.

Opielka, Michael (2008a), Welchen Sozialstaat braucht die Soziale Arbeit der Zukunft?, in: Birgit Bütow/Karl August Chassé/Rainer Hirt (Hg.), Soziale Arbeit nach dem Sozialpädagogischen Jahrhundert. Positionsbestimmungen Sozialer Arbeit im Post-Wohlfahrtsstaat, Opladen & Farmington Hills: Barbara Budrich, 127-142.

Opielka, Michael (2011), Bildungspolitik als Gesellschaftspolitik. Eine neue Form der Wohlfahrtsstaatlichkeit?, in: Josef Schmid/Karin Amos/Josef Schrader/Ansgar Thiel (Hrsg.), *Welten der Bildung? Vergleichende Analysen von Bildungspolitik und Bildungssystemen*, Baden-Baden: Nomos, S. 29-52.

Opielka, Michael/Müller, Matthias/Henn, Matthias (2007), *Bedarf und Implementati-on von Evaluation in der Sozialen Arbeit*. Forschungsbericht, Jena: Fachhochschule Jena.

Opielka, Michael/Winkler, Michael (2009), *Evaluation der Wirkungen der „Thüringer Familienoffensive“*. Abschlussbericht, Erfurt: Thüringer Kultusministerium/Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit.

Opielka, Michael/Müller, Matthias/Bendixen, Tim/Kreft, Jesco, (2010), *Grundein-kommen und Werteorientierungen. Eine empirische Analyse*, 2. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Otto, Hans-Uwe (2007), *Zum aktuellen Diskurs um Ergebnisse und Wirkungen im Feld der Sozialpädagogik und Sozialarbeit – Literaturvergleich nationaler und inter-nationaler Diskussion. Expertise im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ (unter Mitarbeit von Stefanie Albus, Andreas Polutta, Mark Schrödter, Holger Ziegler)*, Berlin: AGJ.

Otto, Hans-Uwe/Oelerich, Gertrud/Micheel, Heinz-Günter (Hg.), 2003, *Empirische Forschung und Soziale Arbeit. Ein Lehr- und Arbeitsbuch*, Mün-chen/Unterschleißheim: Luchterhand.

Otto, Hans-Uwe/Schnur, Stephan (Hg.), 2000, *Privatisierung und Wettbewerb in der Jugendhilfe. Marktorientierte Modernisierungsstrategien in internationaler Perspek-tive*, Neuwied/Kriftel: Luchterhand.

Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hg.), 2001, *Handbuch der Sozialar-beit/Sozialpädagogik*, 2. Aufl., Neuwied/Kriftel: Luchterhand.

Rüb, Friedbert (2003), Vom Wohlfahrtsstaat zum ‚manageriellen Staat‘? Zum Wan-del des Verhältnisses von Markt und Staat in der deutschen Sozialpolitik, in: *Politi-sche Vierteljahresschrift, Sonderheft 34*, 256-299.

Schröer, Wolfgang/Sting, Stephan (2006), Vergessene Themen der Disziplin – neue Perspektiven für die Sozialpädagogik?, in: Schweppe, Cornelia/Sting, Stefan (Hg.), *Sozialpädagogik im Übergang. Neue Herausforderungen für Disziplin, Profession und Ausbildung*, Weinheim/München: Juventa,, 17-30.

Schulte-Kemna, Georg/Armbruster, Jürgen/Kluza, Rainer (2004), *Hilfeplanung zwi-schen Individualisierung, Verbundorientierung und Bürokratisierung. Anmerkungen zu Klaus Dörners Kritik am Personenzentrierten Ansatz*, in: *Kerbe*, 4, 4-7.

Schweppe, Cornelia/Sting, Stefan (Hg.) (2006), *Sozialpädagogik im Übergang. Neue Herausforderungen für Disziplin, Profession und Ausbildung*, Weinheim/München: Juventa.

Seim, Sissel (2000), Marktförmige Steuerungsmodelle und Nutzerpartizipation – Zwischen Anspruch und Wirklichkeit, in: *Otto, Hans-Uwe/Schnur, Stephan*, Privatisierung und Wettbewerb in der Jugendhilfe. Marktorientierte Modernisierungsstrategien in internationaler Perspektive, Neuwied/Kriftel: Luchterhand, 155-173.

Sen, Amartya (2010), Die Idee der Gerechtigkeit, München: Beck

Spieß, C. Katharina/Wrohlich, Katharina (2006), Elterngeld: kürzere Erwerbspausen von Müttern erwartet, in: *DIW-Wochenbericht*, 48, 689-693.

Stöbe-Blossey, Sibylle/Strotmann, Mareike/Tietze, Wolfgang (2007), Das Gütesiegel Familienzentrum NRW. Zertifizierung der Piloteinrichtungen, Düsseldorf: Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW.

Thiersch, Hans (2006), Randnotizen zu Situationen und Perspektiven der Sozialen Arbeit, in: *Schweppe, Cornelia/Sting, Stefan* (Hg.), Sozialpädagogik im Übergang. Neue Herausforderungen für Disziplin, Profession und Ausbildung, Weinheim/München: Juventa, 31-40.

Ziegler, Holger (2006), Evidenzbasierte Soziale Arbeit. Über managerielle Praktiken in neo-bürokratischen Organisationen, in: *Schweppe, Cornelia/Sting, Stefan* (Hg.), Sozialpädagogik im Übergang. Neue Herausforderungen für Disziplin, Profession und Ausbildung, Weinheim/München: Juventa, 139-155.

Über den Autor

Michael Opielka, Jahrgang 1956, ist Diplom-Pädagoge und Professor für Sozialpolitik am Fachbereich Sozialwesen der Ernst-Abbe-Fachhochschule Jena. Er ist Wissenschaftlicher Direktor des IZT – Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung in Berlin sowie Privatdozent an der Universität Hamburg. Seine aktuellen Forschungsschwerpunkte sind Wertgrundlagen moderner Sozialpolitik und sozialer Innovationen.

Über www.ethikjournal.de

EthikJournal ist eine Onlinezeitschrift für Ethik im Sozial- und Gesundheitswesen. Ausgehend von aktuellen Themen werden grundlegende theoretische und handlungsorientierte Themen zur Diskussion gestellt. Die Zeitschrift erscheint online zu jedem 15. April und zum 15. September eines Jahres. Herausgeber der Zeitschrift ist das Berliner Institut für christliche Ethik und Politik (ICEP).

ISSN 2196-2480